

DKM - DIE KRITISCHE MAIL Nr. 311

- Zur Weiterleitung oder Veröffentlichung!

DIE MAIL ZUR PRÄSIDENTSCHAFTSWAHL IN DEN USA AM 3. NOVEMBER 2020 - eine Schicksalswahl für den Westen!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

diese Mail wird wegen der Auswahl an Texten (z.T. aber gekürzt) sehr lange. Vielleicht heben Sie sich auch bis zum Ergebnis der Wahl am 3. November 2020 auf und lesen Sie sie dann noch einmal.

(Vgl. auch Kritische Mail Nr. 309 v. 30.09.2020 "Friedensnobelpreis für Donald Trump? Kann das wahr sein?")

Dazu das Buch:

Helmut Roewer "Spy Gate", Das One-World-Establishment im Kampf gegen Donald Trump, Kopp Verlag, Euro 19,99

"Wie kein anderer Präsident in der Geschichte der USA wurde und wird Donald Trump vom Establishment und den Massenmedien bekämpft. Dabei ist ihnen jedes Mittel recht: illegale Maßnahmen, Verleumdungen, Lügen, haltlose Anschuldigungen, Beleidigungen und persönliche Angriffe. Der 'Putsch' gegen Trump nimmt Züge an."

Peter Strzok, ehemaliger Chef der Spionageabwehr beim FBI: "Wir werden verhindern, dass Trump Präsident wird."

"Helmut Roewer entlarvt in bisher nie gekannter Deutlichkeit die unglaubliche Verteufelung des US-Präsidenten und die mediale Heiligsprechung der Demokratischen Partei. Nach der Lektüre dieses Buches werden Sie ihn und dessen Widersacher mit ganz anderen Augen sehen."

"Über den Autor:

Helmut Roewer wurde nach dem Abitur Panzeroffizier, zuletzt Oberleutnant. Sodann Studium der Rechtswissenschaften, Volkswirtschaft und Geschichte. Nach dem Zweiten Juristischen Staatsexamen Rechtsanwalt und Promotion zum Dr.jur. über ein rechtsgeschichtliches Thema. Später Beamter im Sicherheitsbereich des Bundesinnenministeriums in Bonn und Berlin, zuletzt Ministerialrat. 1994 - 2000 Präsident einer Verfassungsschutzbehörde. Seither freier Schriftsteller."

TV-Duell zwischen Trump und Biden:

Ich habe mir die Debatte in Phoenix angesehen. In den TV-Nachrichten und in Medien gab es meist diffamierende Hetze gegen Trump. Die Wirklichkeit wird im folgenden "Fazit" aus web.de angedeutet.

["Eine Kritik von Thomas Fritz](#)

© 1&1 Mail & Media/spot on news

Erstes TV-Duell zwischen Donald Trump und Joe Biden: Eine Debatte zum Abschalten

Aktualisiert am 30. September 2020, 07:56 Uhr

Im ersten TV-Duell des US-Präsidentschaftswahlkampfes zwischen dem republikanischen Amtsinhaber Donald Trump und seinem demokratischen Widersacher Joe Biden gab es keinen Sieger. Statt um die besten Inhalte zu ringen, verlor sich das Duo in persönlichen Angriffen. Sogar Moderator Chris Wallace geriet unter Beschuss.



Fazit: Biden menschelt mehr, Biden verhaspelt sich mehr

Nach eineinhalb Stunden war das **unwürdige Spektakel** zu Ende.

Unentschiedene Wähler dürfte weder Biden, noch Trump mit diesem Auftritt überzeugt haben.

Von Trump konnte man wohl nichts anderes erwarten als **Attacke, Attacke, Attacke** – in Pöbelmanier. Aber dass sich Joe Biden – in dieser Häufigkeit – immer wieder zu **herablassenden Gesten und Beleidigungen** hinreißen ließ, überraschte. Auch wenn er Trump erst vor wenigen Tagen mit Nazi-Größe **Joseph Goebbels** verglichen hatte. Dass Biden zwischendurch menschelte, indem er die Zuschauer direkt ansprach, ging da fast völlig unter.

Hinzu kam, dass Biden Zweifel an seiner **geistigen Fitness** nicht ausräumen konnte. Er wirkte verkrampt konzentriert, verhaspelte sich hin und wieder, verlor manchmal den Faden oder beantwortete Fragen, die so gar nicht gestellt wurden.

Einen Sieger gab es in dieser ersten TV-Debatte nicht. Bleibt allein die Hoffnung, dass das Niveau in den kommenden zwei Duellen nicht noch weiter sinkt. Die nächste Debatte findet am 15. Oktober statt."

Ziemlich deutlich aber dann in web.de:

"US-Wahl 2020: Droht den USA ein Briefwahl-Debakel?"



den Vereinigten Staaten.

© imago images/ZUMA Press

Ein offizieller Briefkasten für die Briefwahl in

US-Wahl 2020: Droht den USA ein Briefwahl-Debakel?



Eine Analyse von

[Fabian Busch](#)

Aktualisiert am 09. Oktober 2020, 08:49 Uhr

Jeder dritte Wähler will bei den Präsidentschaftswahlen in den USA per Post abstimmen. Doch es häufen sich Pannen und Schwierigkeiten – und vor allem Donald Trump heizt Zweifel an der Briefwahl an. Droht den USA ein Briefwahldebakel?

Die **Briefwahl** ist auf dem Vormarsch. Das gilt nicht nur für Deutschland, wo bei der Bundestagswahl 2017 **jeder vierte Wählende** seinen Wahlzettel per Post verschickte.

Auch in den **USA** wird das "[mail-in voting](#)" immer beliebter. 2008 stimmten dort gerade mal 1,8 Prozent der Wählenden per Briefwahl ab. 2014 waren es 7,2 Prozent. Und bei den Präsidentschafts- und Kongresswahlen am 3. November dieses Jahres könnten Umfragen zufolge sogar **37 Prozent** der Stimmen **per Post** ankommen.

In der **Corona-Pandemie** ist dieser Weg für viele Menschen sicherer, als mit Hunderten anderen Menschen in der Schlange vor dem **Wahllokal** zu stehen.

Doch über die **angebliche Betrugsanfälligkeit** und reale Probleme der Briefwahl wird in den Vereinigten Staaten derzeit heftig diskutiert. Die [Regeln sind uneinheitlich](#): Manche Bundesstaaten wie Kalifornien und New Jersey wollen, dass die Wahl 2020 wegen der Corona-Pandemie **mehrheitlich als Briefwahl** abgehalten wird. Sie senden registrierten Wählern die Wahlunterlagen unaufgefordert zu.

In fünf Staaten – unter anderem in Texas – muss man dagegen einen **triftigen Grund angeben**, um per Post abstimmen zu können.

Ein fundamentaler Unterschied zwischen Wahlen in den USA und [Deutschland](#): In Amerika besteht **keine Meldepflicht**. Ein Einwohnerregister wie deutsche Kommunen haben US-Städte nicht – deshalb können sie auch nicht automatisch ihre Einwohner zur Wahl auffordern.

Wer in den USA seine Stimme abgeben will, muss sich zuerst ins **Wahlregister** des Bundesstaats aufnehmen lassen, in dem er wohnt. Das ist in der Regel keine aufwendige Angelegenheit – aber durchaus eine zusätzliche Hürde für die Stimmabgabe.

Trump wettert gegen die Briefwahl

Für den Transport der **Wahlbriefe** ist die amerikanische **Postbehörde USPS** zuständig. Sie spielte in der Geschichte der USA zwar eine wichtige Rolle für die Kommunikation innerhalb des riesigen Landes, hat in der vergangenen Zeit aber mit **Pannen** und **finanziellen Schwierigkeiten** für Schlagzeilen gesorgt.

Der neue Post-Chef **Louis DeJoy** – ein Unterstützer von [Donald Trump](#) – hat der Behörde ausgerechnet im Wahljahr einen **Sparkurs** verordnet. Die Tageszeitung "[USA Today](#)" berichtet, dass Postsendungen schon jetzt immer wieder mit großer Verspätung ankommen. Im ländlichen [Kalifornien](#) hätten Menschen für einen Monat überhaupt keine Post bekommen.

Hinzu kommen [die von Donald Trump](#) gestreuten **Zweifel**. Er behauptet auf Twitter, Briefwahl mache **Wahlbetrug** im großen Stil möglich, sei "schlecht, unehrlich und langsam".

Immer wieder haben Experten darauf hingewiesen, dass es dafür **keinerlei Beweise** gibt (aber dann weiter unten, GSCH). Trump wiederholt seine Kritik trotzdem unablässig.

Ihn dürfte stören, dass die Briefwahl besonders bei den Wählern der Konkurrenz beliebt ist: [Daten](#) der Universität von Kalifornien in Los Angeles (UCLA) zufolge wollen **48 Prozent** der Wähler seines Rivalen **Joe Biden** per Post abstimmen, von Trumps Anhängern aber **nur 23 Prozent**.

Die Demokraten werfen Trump deshalb vor, [Menschen vom Wählen abhalten](#) zu wollen. Der drastische Sparkurs von Louis DeJoy sei ein "weiteres Beispiel für die Versuche des Präsidenten, die Stimmen von Millionen von Amerikanern **nicht zählen zu lassen**", sagte der demokratische Abgeordnete Gerry Connolly im August. Der Post-Chef lenkte schließlich ein. Nach dem Protest im Kongress will er die Sparmaßnahmen nun **erst nach der Wahl** umsetzen.

Nur wenige Wochen vor der US-Wahl gibt es Ärger rund um die Briefwahl: Zahlreiche New Yorker haben Unterlagen erhalten, die ungültig sind. Schuld soll eine Druckerei sein.

[Briefwahlpapiere ungültig: Druckerei vertauscht 100.000 Namen und Adressen](#)

Eine Panne anderer Art wurde gerade aus dem New Yorker Bezirk **Brooklyn** bekannt. Dort bekamen **100.000 Wähler** Briefwahlunterlagen mit **fehlerhaften Angaben** zugeschickt. Auf den Rückumschlägen waren zum Beispiel falsche Namen und Adressen eingetragen. Das könnte dazu führen, dass die darin verschickten Stimmen **nicht mitgezählt** werden dürfen.

Genau das kommt in den USA offenbar immer häufiger vor, wie der [Radioverbund NPR gerade berichtet](#) hat: Bei den **Vorwahlen** der Parteien wurden in diesem Jahr landesweit **550.000 Stimmen für ungültig erklärt**. 2016 lag die Zahl der ungültigen Stimmen noch bei rund 319.000.

Als fehlerhaft gelten Stimmen, wenn eine Unterschrift auf den eingeschickten Unterlagen fehlt oder wenn diese Unterschrift nicht zu der im Wählerverzeichnis **hinterlegten Signatur** passen.

Ergebnis könnte auf sich warten lassen

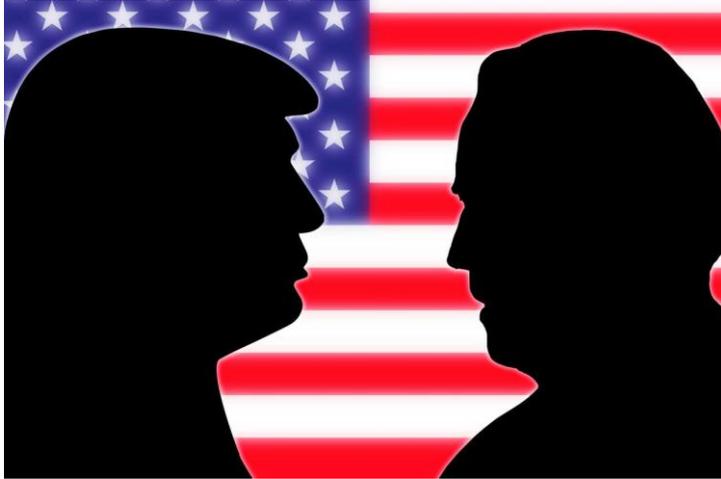
Donald Trump kritisiert auch, dass die Briefwahl die Auszählung verlangsamt – und damit hat er wahrscheinlich recht, auch wenn es wohl nicht um Monate gehen wird, wie er behauptet. Die **Bekanntgabe des Wahlergebnisses** könnte sich in diesem Jahr in die Länge ziehen, weil 25 Bundesstaaten sowie der Hauptstadtbezirk Washington D.C. auch Briefwahlstimmen zählen wollen, die **nach dem Wahltag 3. November** eintreffen – solange sie einen Poststempel mit diesem Datum tragen.

Wie der Fernsehsender CNN errechnet hat, werden in diesen Staaten zwei Drittel aller Sitze im Electoral College vergeben, das den Präsidenten letztlich wählt. In der Wahlnacht werden deshalb wahrscheinlich nur **Umfragen** einen Hinweis auf den **Sieger** geben. Offiziell wird er wohl erst **nach der Wahlnacht** feststehen.

Verwendete Quellen:

- CNN.com: As Democrats allege USPS 'sabotage,' a conspiracy theory in the making
- [U.S. Election Assistance Commission](#): EAVS Deep Dive: Early, Absentee and Mail Voting
- National Conference of State Legislatures: Absentee and Mail Voting Policies in Effect for the 2020 Election
- NPR.org: More Than 550,000 Primary Absentee Ballots Rejected In 2020, Far Outpacing 2016
- [Twitter-Account](#) von Donald Trump
- USA Government: Absentee and Early Voting

- USA Today: Empty mailboxes, missed rent: US Postal Service's struggles have real-world impacts
- USA Today: [Biden](#) voters twice as likely than Trump supporters to vote by mail in November, survey finds"



Donald Trump gegen Joe Biden: Wer

gewinnt die US-Wahl 2020?

© imago images/Future Image

"Aktuelle Umfragen zur US-Wahl: Wie entscheiden sich die Swing States?"



Von

[Patricia Kämpf](#)

Aktualisiert am 07. Oktober 2020, 10:39 Uhr

Am 3. November wählen die US-Amerikaner einen neuen Präsidenten. Für den demokratischen Kandidaten Joe Biden sah es zuletzt in Umfragen gut aus. Doch ob er seinen Vorsprung gegenüber Amtsinhaber Donald Trump (Republikaner) am Wahltag behaupten kann, hängt vor allem davon ab, wie sich die Swing States entscheiden. Hier finden Sie die aktuellen Umfragen.

Aktuelle Umfragen zur US-Wahl 2020

	FiveThirtyEight	CNN Poll of Polls
Donald Trump	42,4 Prozent	44 Prozent
Joe Biden	51,4 Prozent	51 Prozent

Daten vom 23. September

Nur noch wenige Wochen bis zur US-Wahl: Joe Biden von den Demokraten liegt in **aktuellen Umfragen vor Amtsinhaber** Donald Trump von den Republikanern - im Durchschnitt um etwa 7 Prozentpunkte, wie "[realclearpolitics.com](#)" berichtet. Laut Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen, berichtet das ZDF, käme Trump derzeit auf **125 Stimmen**, Joe Biden auf **256 Stimmen** - die übrigen **157 Stimmen** gelten als umkämpft. Der Sieger muss mindestens **270 der Wahlmänner-Stimmen** auf sich vereinen.

Doch die US-Wahl ist kompliziert und **Umfragewerte** allein sagen nichts über den möglichen Ausgang der Wahl aus. Auch bei der [Wahl vor vier Jahren hatte Hillary Clinton mehr Stimmen als Donald Trump](#) erhalten und dennoch wurde er Präsident der Vereinigten Staaten. Der US-Präsident wird nach dem **Winner-takes-it-all-Prinzip** gewählt: Wer die Mehrheit in einem Bundesstaat erreicht, bekommt alle Wahlmännerstimmen - und die bestimmen das Endergebnis.

Entschieden wird die US-Wahl meist in den **Swing States**, also in den Staaten, die mal dem einen und mal dem anderen Kandidaten ihre Stimme geben. Laut der "[New York Times](#)" muss Donald Trump bei der Wahl 2020 einige der Staaten gewinnen, die aktuell Joe Biden wählen würden. Allerdings könnte er **auch einige Staaten verlieren**, die er vor vier Jahren noch gewonnen hatte und trotzdem die Wahl für sich entscheiden.

In den [USA](#) werden die Swing States auch **Battleground States** genannt, also die Staaten in denen - sprichwörtlich - die Schlacht ums Weiße Haus entschieden wird.

Swing States bei der Wahl 2020:

- Texas - 38 Wahlmänner
- Florida - 29 Wahlmänner
- Pennsylvania - 20 Wahlmänner
- Ohio - 18 Wahlmänner
- Michigan - 16 Wahlmänner
- Georgia - 16 Wahlmänner
- North Carolina - 15 Wahlmänner
- Virginia - 13 Wahlmänner
- Arizona - 11 Wahlmänner
- Wisconsin - 10 Wahlmänner
- Minnesota - 10 Wahlmänner
- Iowa - 6 Wahlmänner
- Nevada - 6 Wahlmänner
- New Hampshire - 4 Wahlmänner

Auch **Maine** und **Nebraska** könnten 2020 zu Swing States werden.

Texas ist laut "New York Times" aktuell knapp in **Trumps** Hand. North Carolina, Ohio, Iowa und Georgia sowie Maine sind demzufolge **unentschieden**. Der Rest tendiert zu **Joe Biden** (Stand: 7. Oktober). Dass gerade die einstige Republikaner-Hochburg Texas zu einem Swing State werden könnte, spricht nicht unbedingt für Amtsinhaber Trump.

Florida würde im Moment die Demokraten wählen. In diesem Bundesstaat wird es bei fast jeder Wahl eng - Florida ist deswegen so wichtig, weil von dort besonders viele Wahlmänner ins Electoral College geschickt werden. Das gleiche gilt für **Texas**. Auch **Georgia** wählte bislang eher den Republikaner. Doch je größer die Hauptstadt Atlanta wurde und mit ihr die Vororte, desto diverser wurde auch der Bundesstaat."



- Mit Material von dpa und AFP

Die etwas andere Einschätzung: Thomas Kirchner in der "Jungen Freiheit" v. 9. Oktober 2020 (Auszüge):

"Trump räumt ab. Entgegen allen Umfragen weisen viele Indizien auf einen erneuten Sieg des Republikaners. Glaubt man den Umfragen, sieht es schlecht aus für Donald Trump: Joe Biden führt mit weit größerem Abstand als Hillary Clinton vor vier Jahren. Dazu kommt die Corona-Infektion des US-Präsidenten ... Millionen sind arbeitslos und auf staatliche Unterstützung angewiesen. Hat Trump da überhaupt eine Chance?

Doch es gibt starke Indizien, dass die Wählerbewegungen der letzten Jahre alte Erfahrungswerte zunichte machen. Trumps enthusiastische Basis zieht in Schlüsselstaaten wie Florida oder Pennsylvania von Tür zu Tür und registriert Neuwähler. Biden versucht es mit einer Internet-Kampagne. Die Republikaner liegen erstmals bei der Registrierung neuer Wähler mit Abstand vorne. In Florida liegt dieser Vorsprung bei 100.000 Wählern zugunsten der Republikaner. Trump gewann 2016 dort mit 112.000 Stimmen. Aber Biden kann eigentlich nur gewinnen, wenn er in Florida, Michigan oder in beiden siegt

... **Während Trump in vielen Medien als Rassist gescholten wird, sieht seine Beliebtheit bei Minderheiten nicht schlecht aus.**

Republikanische Strategen hatten Minderheiten als Wählergruppe schon länger aufgegeben, obwohl viele kulturell der Partei näher stehen als den Demokraten. **Viele Schwarze** etwa sind tief religiös: 47 % gehen wöchentlich in die Kirche. Sie haben mit konservativen weißen Christen auf dem Land mehr gemein als mit progressiven Großstadthippies. Gleiches gilt für die **katholischen Latinos**, von denen viele aus Kuba oder Venezuela geflohen sind und sich nicht für den demokratischen Sozialismus einer Alexandria Ocasio-Cortez begeistern, der bei Demokraten an Einfluss gewinnt.

Unter Schwarzen ist Trump beliebter als jeder republikanische Präsident vor ihm. Das hängt nicht nur mit der lange **niedrigeren Arbeitslosigkeit** zusammen, sondern auch mit der **Justizreform**, durch die als ungerecht empfundene Haftstrafen verkürzt und Tausende vorzeitig entlassen wurden. **Fast alle afroamerikanischen Familien sind von ihr betroffen, denn 30 Prozent aller schwarzen Männer sitzen mindestens einmal in ihrem Leben im Gefängnis.** Auch beim Thema **innere Sicherheit** liegt die Mehrheit auf Trumps scharfer Linie, **insbesondere Minderheiten, deren Viertel unter Gewalt und Kriminalität besonders leiden.** Die Kürzung von Polizeietats macht sich dort stärker bemerkbar. Auch **die Weigerung der meisten Demokraten, Ausschreitungen im Rahmen der 'Black Lives Matter'-Demonstrationen zu verurteilen**, stößt beim Großteil der Wähler auf Unverständnis."

Da muss man sich fragen, was eigentlich der schwarze Präsident Obama als Friedensnobelpreisträger in den acht Jahren seiner zwei Wahlperioden gemacht hat, außer Kriege zu führen (GSCH).

"Letztlich wird die Wahl vom Geldbeutel bestimmt - und da vertrauen viele Trump. Der **Boom bis zum Ausbruch der Corona-Krise** ist noch in Erinnerung. Der Rekordanstieg der Arbeitslosenzahl von sieben auf mehr als 22 Millionen im April ist schon wieder Vergangenheit. Durch den Rückgang auf zuletzt 12,8 Millionen sind fast zwei Drittel des Anstiegs wieder wettgemacht.

Die Stimmung im Land ist also weit besser für Trump, als es die statistisch berichtigten Umfragen vermuten lassen. **56 Prozent der Amerikaner glauben an Trumps Wiederwahl.**

Doch egal wie die Wahl ausgeht, **für Deutschland wird sich danach in der Sache nicht viel ändern** ... In der Sicherheitspolitik werden die USA die Kooperation der Five-Eyes-Allianz, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland ausbauen, nicht nur politisch und militärisch, sondern irgendwann auch wirtschaftlich. Unter Trump wird diese Entwicklung schneller voranschreiten als unter Biden. **Angela Merkels demonstrative Trump-Verweigerung versetzt Deutschland dabei in die Zuschauerrolle.**"

Die Menschen in Deutschland werden leiden, wenn auch noch Schwarz-Grün käme, und sich die Außen- und Bündnispolitik nicht verändert und Medien weiter hetzen.

Dazu nun Ronald Berthold in der "Jungen Freiheit" vom 11. September 2020 in aller Deutlichkeit (Auszüge):

"Sie trommeln weiter. Deutsche Medien gegen Trump: In der Berichterstattung hat sich nichts geändert. Wer missionarisch besessen ist, kann scheitern. Nicht jeder läßt sich bekehren. Weil aber Missionen sektiererische Züge tragen, bleibt deutschen Journalisten nichts anderes übrig, als schlechte Verlierer zu sein. Es widerspricht bis heute ihrer totalitären Haltung, dass die US-Amerikaner vor vier Jahren anders abgestimmt haben, als sie es mit dem Holzhammer empfohlen und prognostiziert haben...

Manche von ihnen verstiegen sich damals gar zu der - nur für die nicht zur medialen Blase Gehörenden - grotesken Aussage, 'ganz Amerika' sei geschockt darüber, dass Donald Trump gewonnen habe. Ganz Amerika besteht für eifrige Meinungsmacher aus Kollegen und anderen selbsternannten Eliten. **Die einfachen Leute kommen darin nicht vor. Sie wurden vor- und nachher als 'White Trash' ('weißer Dreck') ignoriert.**"

("White Trash" ist Rassismus gegen die Weißen. Was wäre berechtigt los, wenn jemand "Black Trash" sagen würde, GSCH)

"Der Hass aus deutschen Redaktionsstuben hat einen Schönheitsfehler. Deren Leser und Zuschauer sind in den Vereinigten Staaten nicht wahlberechtigt. Das holzschnittartige, quasireligiöse Amerika-Bild funktioniert so: Barack Obama ist ein Heiliger, sein Nachfolger der Satan auf Erden. Dabei blenden die Autoren ihren sonst gern zur Schau gestellten Pazifismus aus. **Kein Präsident nach 1945 ließ mehr Länder bombardieren als der zum Friedensengel stilisierte Nobelpreisträger. Und umgekehrt zog niemand so viele Truppen aus dem Ausland ab wie Trump und begann keinen Krieg. Der 'Spiegel' jedoch zeigte den heute 74jährigen (Trump) auf seinem Titel zunächst als bedrohlichen Meteoriten, der die Erde zerstört, dann im Stil eines IS-Schlächters, den den abgeschlagenen Kopf der Freiheitsstatue und ein blutiges Messer in den Händen hält, zuletzt als Brandstifter, der das Land in Flammen setzt...** Die gutbezahlten Trump-Hasser bei ARD, ZDF und den 'Leitmedien' brauchen indes eine unerhörte Flexibilität. Der Protest der deutschen Linken gegen TTIP erhielt den Glorienschein. Als Trump nach seiner Wahl das Freihandelsabkommen aufkündigte, galt das plötzlich als schwerer Fehler. Wer früher 'Ami, go home' brüllte, verurteilt nun den Abzug der GIs aus Deutschland. Merke: Es geht nie um die Sache, sondern darum, wer sie vertritt."

Herzliche Grüße

Gerhard Schmid